

Ministerpräsident Dr. Markus Söder
Bayerische Staatskanzlei

Postfach 220011
80535 München

Vorstand für Koordinaton

Julian Rubach
Laubacherstr. 9
87719, Mindelheim

E-Mail: info@agu-bayern.de
Tel. dienstlich: **08261-995-471**
Tel. privat: **0152-04155640**
Web: www.agu-bayern.de

Mindelheim, den 15.12.2023

Anregungen zur bürokratischen Entlastung und Stärkung der Umweltverwaltung in Bayern

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die Arbeitsgemeinschaft der Umweltschutzingenieure Bayern e.V. (AGU Bayern e.V.) repräsentiert als Berufsverband die Umweltschutzingenieurinnen und Umweltschutzingenieure im öffentlichen Dienst in Bayern. Unsere Mitglieder führen Genehmigungen durch und Überwachen die großen Industrieanlagen in Bayern. Darüber hinaus agieren sie als Träger öffentlicher Belange, beraten Städte und Kommunen in Bauleitplanverfahren und unterstützen Bauämter in fachlichen Angelegenheiten des technischen Umweltschutzes. Unsere Mitglieder sind bei Landratsämtern, kreisfreien Städten, Regierungen und dem Bayerischen Landesamt für Umwelt tätig. Unsere Stärken liegen in der Praxisnähe und den engen Verbindungen zur heimischen Wirtschaft. Häufig nehmen wir als Erste die Sorgen und Zwänge von Betriebsinhabern oder Geschäftsführern wahr.

Mit großem Interesse haben wir die Beschlüsse des "Pakts für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung zwischen Bund und Ländern" der MPK vom 07.11.2023 aufgenommen. Wir erkennen die dringende Notwendigkeit, die Bürokratiebelastung sowohl für die Wirtschaft als auch den öffentlichen Dienst zu reduzieren. Die angestrebte Einführung von Genehmigungsfiktionen halten wir in diesem Zusammenhang jedoch für weniger zielführend.

Wir freuen uns, dass erkannt wurde, dass für die Umsetzung ausreichendes und qualifiziertes Personal notwendig ist, worauf wir schon seit Jahren hinweisen. Die Umweltgesetzgebung hat als einer der schnellst wachsenden Rechtsbereiche in Europa zu einer übermäßigen Arbeitsbelastung geführt, die nur durch eine massive Aufstockung des Personals bewältigt werden kann. Wir haben dabei die Rückendeckung der großen Industrieverbände in Bayern, die ein ausdrückliches Interesse an kompetenten Umweltingenieuren haben, die nicht unter Überlastung leiden.

Gerade im fachlichen Bereich (Umweltschutzingenieure) konkurriert der öffentliche Dienst mit der Privatwirtschaft. Ingenieure sind knapp. Deshalb muss der Beruf im öffentlichen Dienst wesentlich attraktiver gestaltet werden und ausreichend Stellen geschaffen werden. Gerade an der Schlüsselstelle technischer Umweltschutz kann mit vergleichsweise geringen Personalmaßnahmen überproportional viel erreicht werden.

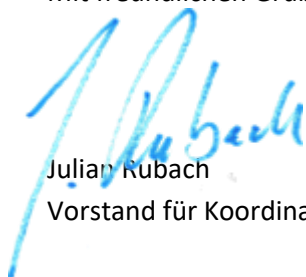
Um die Digitalisierung in der Umweltverwaltung voranzutreiben, bedarf es einheitlicher Standards von höchster Stelle. Die Implementierung einer einheitlichen Software für die gesamte Umwelt- und Genehmigungsverwaltung in Bayern erscheint als die effizienteste Lösung.

Wir begrüßen den Plan des Bundes, die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu prüfen. Aus fachlicher Sicht handelt es sich dabei oft um eine Doppelprüfung, da die Punkte der UVP in der Regel bereits im BImSchG-Verfahren geprüft werden.

Die Einführung einer Experimentierklausel in die TA-Lärm wird sowohl von uns als auch von Wirtschaftsvertretern abgelehnt. Dies führt zu Unsicherheiten in Genehmigungsverfahren, belastet Anwohner größerer Industrieanlagen übermäßig und trägt nicht zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren bei. Das potenziell erschaffene neue Bauland ist unattraktiv und kann nur mit kostspieligen passiven Lärmschutzmaßnahmen bebaut werden.

Aufgrund unserer Nähe zur praktischen Umsetzung und unserer Erfahrung bieten wir uns als ideale Gesprächspartner an, um gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Wir stehen zur Verfügung, um aktiv bei der Entwicklung von effizienten und praxisorientierten Maßnahmen zur Bürokratieentlastung beizutragen.

Mit freundlichen Grüßen,



Julian Rubach
Vorstand für Koordination